

FINANZEN

Hausgemachte Inflation

Etwa die Hälfte der Inflationsrate von gut drei Prozent geht nach Einschätzung von Bundesbank-Präsident Axel Weber auf die Mehrwertsteuererhöhung Anfang des Jahres zurück. Diese Ansicht vertrat Weber bei einem Treffen mit Mitgliedern des Finanzausschusses des Bundestags. Der Notenbank-Chef erklärte, die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent habe die Inflation um 1,5 Prozentpunkte nach oben getrieben. Die Aussage gibt auch Aufschluss über Webers Inflationserwartungen und die weitere Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, in deren Rat er Deutschland vertritt. Demnach rechnet er nicht damit, dass sich der Preisdruck weiter erhöht, im Gegenteil. Die preistreibende Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung fällt Anfang des Jahres weg, weil keine weitere Erhöhung stattfindet. Damit werden höhere Zinsen, mit denen die Inflation bekämpft werden könnte, unwahrscheinlicher.



Weber

LIESA JOHANNISSEN/PHOTOTHEK.NET



PETER WIDMANN / IMAGO

ALTERSVORSORGE

Deutsche sparen zu wenig

Arbeiter und Angestellte legen nicht genügend Geld zur Seite, um die Lücke zwischen zuletzt erzieltm Einkommen und staatlicher Rente zu schließen. Vor allem die Jahrgänge 1959 bis 1973 müssen im Ruhestand mit Einbußen beim Lebensstandard rechnen, erst recht, wenn sie bereits mit 65 statt mit 67 Jahren das Erwerbsleben beenden wollen. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) macht dies an einer Beispielrechnung fest: Danach würden einem heute 35-Jährigen bei einem Renteneintritt mit 65 rund 250 Euro monatlich für den bisherigen Lebensstandard fehlen. Um diese Lücke zu schließen, müsste er bis zum Renteneintritt ein Vermögen von 78 354 Euro gespart haben. Die Berechnung basiert unter anderem auf der Annahme, dass der 35-Jährige aus diesem Vermögen real 2,5 Prozent Zinsen bezieht. Auf dieser Grundlage hat das IW die Ausgangslage in deutschen Haushalten mit den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2003 untersucht. Demnach hat die Hälfte aller Haushalte, deren Hauptverdiener zwischen 1964 und 1968 zur Welt kam, schon damals knapp 30 000 Euro zu wenig gespart. Selbst wenn diese Jahrgänge bis 66 arbeiteten, fehlten ihnen noch rund 24 000 Euro. Die Lücken der Jahrgänge nach 1974 sind hingegen kleiner, da sie erst in das Erwerbsleben eingestiegen sind und aus Sicht der Studie kaum Fehlbeträge angehäuft haben. Außerdem sparen sie mehr als ältere Jahrgänge.

DGB

Landesbezirke sollen entmachtet werden

Der Deutsche Gewerkschaftsbund plant eine tiefgreifende Organisationsreform, die den Einfluss der Berliner Zentrale unter dem Vorsitzenden Michael Sommer stärken und die Macht der Landesbezirke einschränken würde. Das geht aus einem internen Projektbericht der zuständigen DGB-Arbeitsgruppe an die Einzelgewerkschaften hervor. Danach soll sich die Personalstärke und Finanzausstattung der DGB-Vertretungen vor Ort künftig an der Mitgliederstärke orientieren. Als Richtgröße sieht das Papier, das unter Federführung von Vorstandsmitglied Dietmar Hexel entstanden ist, einen Schlüssel von einem hauptamtlichen Mit-



Sommer

TIM BRAKEMEIER / DPA

arbeiter pro 20 000 Mitglieder vor. In der Folge würden DGB-Kreise mit vielen Gewerkschaftsmitgliedern Ressourcen hinzugewinnen, andere müssten dagegen fusionieren oder Kooperationsverträge mit Einzelgewerkschaften schließen. Zugleich soll der Personalanteil in den Regionalvertretungen pauschal erhöht, in den Bundes- und Bezirkszentralen dagegen reduziert werden. Das Modell würde einen Machtverlust vor allem für die DGB-Landesbezirke bedeuten, die heute relativ autonom über die Verteilung von Finanzmitteln entscheiden. Entsprechend heftig ist die Kritik

an dem Vorschlag. Viele Funktionäre aus Landesbezirken und Einzelgewerkschaften fürchten, dass die Büros in strukturschwachen Regionen künftig kaum noch vertreten, in Boomregionen dagegen doppelt und dreifach besetzt wären. Bis Ende Februar sollen die Einzelgewerkschaften Stellung beziehen.